

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

BERNHARD SCHÄFER BRONZEN
KUNSTGESAMLEBENE
H. H. SCHÄFER
KÖNIGL. HOFLIEFERANT
7 PRAGER STRASSE
IN REICHSTER AUSWAHL

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Bezugs-Verhältnisse
Für Dresden: 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Semester, 1 Mark pro Jahr. Für andere Städte: 12 Pf. pro Quartal, 36 Pf. pro Semester, 1 Mark 20 Pf. pro Jahr. Einmalige Belegzahlungen sind willkommen. Die Redaktion ist für den Inhalt der Nachrichten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Nachrichten nicht verantwortlich.

Kunzeigen-Zarif.
Annahme von Aufträgen bis nach 11 Uhr, Sonntags nur Vormittags 10 bis 11 Uhr. Die einseitige Belegzahlungen sind bis 11 Uhr. Die einseitigen Belegzahlungen sind bis 11 Uhr. Die einseitigen Belegzahlungen sind bis 11 Uhr.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Petroleum- u. Spiritusglühlucht-
Lampen einfachster Art bis zu den feinsten kunstgewerblichen Ausführungen in konkurrenzloser Auswahl.
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Photo-Apparate
in allen Preislagen.
Ausführlicher Einzelunterricht kostenlos.
Carl Plaul, Kgl. Schs. Hoflieferant, Wallstraße 25.

Galerie E. Arnold
Schloss-Strasse 34.
Weihnachts-Ausstellung.

Bruchbänder und Leibbinden

sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt

Carl Wendschuch's Etablissement
Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Autonominale Witterung: Meist heiter, trocken.
Der Bescheid im österreichisch-ungarischen Kriegsministerium und Generalstab wird auf den Wunsch des Erzherzog-Thronfolgers zurückgeführt, mit Serbien unbedingt eine klare Situation zu schaffen. In Wien tritt mit Bestimmtheit das Gerücht auf, daß Oesterreich-Ungarn an Serbien ein Ultimatum gerichtet habe. Auch in Budapest nimmt man an, daß die Entscheidung unmittelbar bevorsteht.
Die Erste Kammer des sächsischen Landtages nahm gestern den Gemeindesteuer-Gesetzentwurf mit verschiedenen Änderungen einstimmig an. Heute beginnt die Beratung des Volkschulgesetzes.
Die Zweite Kammer erledigte am Dienstag Lehrer- und Beamtenpetitionen.
Im Reichstag beantwortete am Dienstag Staatssekretär Dr. Delbrück die volksparteiliche Interpellation über die Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter.
Anlässlich der Erneuerung des Dreibundes fand zwischen den Herrschern und den leitenden Staatsmännern der Bundesstaaten ein herzlicher Depeschenwechsel statt.
Die medienburaische Verfassungsvorlage ist durch ausnahmsweise Beschlüsse der Stände wieder abgelehnt worden.
In Deutsch-Südwestafrika dauert die Bevölkerung unter der Bevölkerung der Südgrenze und des Bezirks Keetmanshoop an.

Der Reichsetat für 1913.

Die parlamentarische Gepflogenheit, bei der ersten Lesung des Etats eine allgemeine politische Aussprache zu halten, bringt es mit sich, daß der Etat selbst, der doch eigentlich den Hauptgegenstand der Beratungen bilden sollte, mehr in den Hintergrund tritt, als es im Interesse einer gründlichen Prüfung des Budgets sowohl wie des eingehenden Verständnisses für die leitenden Grundzüge der Reichsfinanzverwaltung wünschenswert ist. Die nationale Presse, welche die Bedeutung einer tadellosen Reichsfinanzverwaltung als Grundlage der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Reiches zu würdigen versteht, muß dann durch sachliche Hinweise nachzuholen suchen, was die Etatsverhandlungen des Parlamentes an plausibler finanzieller Darstellung infolge der politischen Abweichungen vermissen lassen. Gerade der diesmalige Etat verdient schon deswegen eine hervorragende Beachtung und Würdigung, weil er einen neuen überzeugenden Beweis dafür liefert, daß die Reichsfinanzreform allen Interessen ihrer Gegner zum Trotz sich in stetigem Maße als ein gedeihlicher Faktor für die Befundung unserer gesamten Reichsfinanzen bewährt. Um gleich die Hauptfrage vorweg zu nehmen: die vom Reichstage beschlossenen Mehraufwendungen, die durch den unbedingt notwendigen Ausbau unserer nationalen Verteidigung erforderlich geworden sind, können ebenso wie 1912, so auch jetzt für 1913 aufgebracht werden, ohne daß die Steuerkraft schärfer angezogen zu werden braucht. Ein solches Ergebnis konnte nur durch das Zusammenwirken zweier Umstände erzielt werden: einmal fanden die im Verfolge der Reichsfinanzreform angedachten umfangreichen Ueberschüsse zur Verfügung, und zum andern hat sich der Reichschahetretär Herr Kühn durch die Kunst der Finanzlage in keiner Weise dazu verleiten lassen, auch nur im geringsten von dem strengen Sparisystem seines Vorgängers Verzicht abzuweichen. So ist es möglich geworden, dreien wesentlichen Grundzügen einer geordneten Budgetaufstellung gerecht zu werden, indem die außerordentlichen Ausgaben, auch die für Meer und Marine, in erster Linie auf die laufenden Einnahmen verwiesen wurden. Ferner ist die in den außerordentlichen Etat eingestrichelte Anleihe in Höhe von 33,8 Millionen Mark wiederum betragsmäßig niedriger gehalten als im Vorjahre, und endlich ist das Prinzip, die Anleihe nur für werdende Anlagen heranzuziehen, so umfassend durchgeführt worden, daß sich in kurzer Frist ersichtlich mit seiner völligen Verwirklichung rechnen läßt. Das sind doch gewiß Errungenschaften, die sich sehen lassen können, und die, wenn auch noch durchaus keinen

Idealzustand verbürgend, jedenfalls einen wohl begründeten Anspruch auf sachliche Anerkennung geltend machen können. Damit ist dann zugleich ein verdienter Lob für den geistigen Urheber eines so günstigen Budgets, den Reichschahetretär Kühn, verknüpft, der sich in der Tat als ein befähigter Nachfolger des großen Sparführers und ausgezeichneten Rechenmeisters Verwirth erprobt hat. Herr Kühn wird für seine Finanzgebarung insbesondere auch die Zustimmung der einzelstaatlichen Finanzverwaltungen erhalten, denen er durch die Einführung eines neuen Verordnungsverfahrens bei den Matrifularbeiträgen ein dankenswertes Entgegenkommen bewiesen hat. Bisher wurden sämtliche Matrifularbeiträge, sowohl die durch Ueberweisungen gedeckten wie die ungedeckten, monatlich von den Einzelstaaten an das Reich vorausbezahlt, während die Rückzahlung des durch Ueberweisungen gedeckten Betrages von Seiten des Reiches erst am Schluß der Reichsabrechnung über die Ueberweisungen erfolgte. Da die Vorküsse an das Reich zinslos zu leisten waren, so entgingen den Einzelstaaten auf diese Weise beträchtliche Summen an Zinsentragen. Herr Kühn hat nun die Einrichtung getroffen, daß nur noch die ungedeckten Matrifularbeiträge, die ja auf jeden Fall bar an das Reich gezahlt werden müssen, zur tatsächlichen Auszahlung gelangen, während die durch Ueberweisungen gedeckten fortan mit den Ueberweisungen einfach verrechnet werden. Die Bundesstaaten behalten demnach insoweit ihre Verhältnisse in den Kassen und Büchern nicht mehr, wie früher, dafür die Zinsen ein. Das macht für die einzelstaatlichen Finanzen schon etwas aus; so beispielsweise für Preußen jährlich rund eine Million Mark.
Man sollte meinen, daß unter solchen Umständen Herr Kühn sich bei den bürgerlichen Parteien eines allseitigen Beifalles oder doch wenigstens einer wohlwollenden Beurteilung erfreuen müßte. Dem ist aber nicht so, da die

Vinte sowohl an seiner Person wie an seinem Budget ziemlich heftig herumdreht. Persönlich nicht Herr Kühn dem bürgerlichen Radikalismus zu weit rechts. Warum? Weil er es verschmäht hat, sich in der Reichsversammlung auf die spezifischen Wünsche der Linken einzulassen. Der Herr darüber spiegelt sich in der Kritik der Linken gegenüber dem Etat für 1913 wider. „Man greift in den vollen Saß des Ueberschusses von 1911, nimmt daraus einen enormen Betrag zur Verminderung der Anleihe, und trotzdem achtet es nicht einmal, die Anleihe vollständig auf werdende Anlagen zu beschränken, geschweige denn, daß von einer gründlichen Schuldentilgung die Rede wäre!“ So läßt es aus den Reden der Herren auf der äußersten Linken im Reichstage, und so kann man es in ihrer Presse lesen. Dabei wird dann Herr Kühn auch noch fröhlich und munter „vorgeworfen“, daß er das Bestreben gehabt habe, „künstlich“ einen möglichst niedrigen Bewilligungsbedarf zu errechnen, „um so der unangenehmen Befristungsfrage aus dem Wege zu gehen“. Das heißt mit anderen Worten, Herr Kühn hätte der Linken zuliebe die Bedürfnisfrage im Etat für 1913 nicht nach der sachlichen Notwendigkeit, sondern unter dem Gesichtspunkte lösen müssen, daß sich auf jeden Fall sofort die Eröffnung einer neuen Befristungsquelle erforderlich gemacht hätte! Da ist es doch wirklich schwer, keine Satire zu schreiben. Auch die Mäße wegen der Schuldentilgung trifft nicht zu; ihre Urheber vergessen, daß auch die Verminderung einer Anleihe mittelbar einer Schuldentilgung gleichkommt. Im übrigen kann alles Rationieren nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß der Reichsetat für 1913, wie bereits eingangs bemerkt, einen neuen Beweis für die Lebenskraft der Reichsfinanzreform darstellt, und daß Herr Kühn ein geübter Meister seiner Kunst ist, bei dem die finanziellen Interessen des Reiches in guter Hut stehen.

Das militärische Reberement in Wien

beschäftigt naturgemäß die allgemeine Aufmerksamkeit lebhaft und zeitlich verschiedenartige Meinungen, von denen wir zu den bereits im Abendblatt mitgeteilten noch die folgenden hinzufügen:
Im Gegensatz zu den optimistischen Auffassungen in Wien ist man in Budapest geneigt, den Rücktritt des Kriegsministers v. Auffenbergs darauf zurückzuführen, daß Auffenberg als früherer Korpskommandant in Bosnien kein wichtiges Kommando dort erhielt, während die Wiederernennung Conrads unzweifelhaft auf kommende Ereignisse und auf den Wunsch des Thronfolgers hindeuten soll, mit dem Balkan nachbar unbedingt eine klare Situation zu schaffen.
Wie in Wiener militärischen eingeweihten Kreisen verlaute, beruhen die Veränderungen, die bereits erfolgt sind oder noch bevorstehen, durchaus auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den leitenden Persönlichkeiten im Kriegsministerium und dem Generalstab. Die durch den Thronfolger repräsentiert wird, andererseits, der Kriegsminister v. Auffenberg wurde in sein Amt zwar als vertrauter Mann des Thronfolgers berufen, aber die Bedingung, unter der er dieses Amt einzunehmen angetreten konnte, nämlich die Uebernahme des Programms seines Vorgängers Feldzeugmeisters v. Schönfeld, weicht in den Hauptzügen, soweit es sich um das Wehrwesen, die Unteroffiziersfrage und die Armeekredite handelt, hat von Anfang an zu Unstimmigkeiten zwischen ihm und dem Thronfolger geführt, da es ja kein Geheimnis war, daß auf dieser Seite das Wehrwesen und die Armeekredite für ungenügend befunden worden waren. Dazu kommt noch, daß Kriegsminister v. Auffenberg von allem Anfang an mit einer heftigen Gegnerschaft in Ungarn zu rechnen hatte, und daß die ungarischen Delegierten seine Demission forderten als Bedingung für die Annahme der dem Parlament unterbreiteten Kriegsgesetze.
Spenden für die österreichischen Truppen.
Aus allen Bevölkerungskreisen laufen Spenden für die an der Grenze stehenden Truppen ein. Die Fürsten Arons und Johann v. Pichlerheim spendeten 20 000 bzw. 30 000 Kronen, die Gemeinde Wien 10 000 Kronen.
Annahme der Kriegsversicherungen
Die „Times“ schreiben: In Londoner Privatversicherungskreisen ist man überrascht über den Umfang, den der getragenen Grenze von Oesterreich-Ungarn die Versicherungen des Privateigentums gegen Kriegseinfuhr und innere Unruhen angewand-

men haben. Seit vielen Tagen sind in London Petroleum- und Holzlager, sowie Branerianlagen verbleibt worden. Noch am Montag gingen Aufträge ein. Das Geschäft wird als das umfangreichste bezeichnet, das je in Befürchtung eines Krieges abgeschlossen wurde.
Die Hochfinanz bewahrt kaltes Blut.
In beteiligten Berliner Kreisen wird mit Bezug auf die von der Börse noch immer herrschende, durch politische Befürchtungen hervorgerufene Nervosität darauf hingewiesen, daß unsere Hochfinanz zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen großen Beitrag unartiger Spekulationen übernommen haben würde, wenn ihr nicht bezüglich der politischen Konstellation positive beruhigende Mitteilungen gemacht worden wären.
Konjunkt Prognose
Ist von seiner schweren Berührung noch nicht wiederhergestellt sein.
Bulgarisch-rumänische Annäherung.
Der bulgarische Dolmarischall General Draganow und der Generalkonsul der Armee General Kaurer sind nach Bukarest abgereist, um mit König Carol aus Anlaß des Jahrestages der Einnahme von Plewna die Gräße des Königs der Bulgaren zu überbringen.
Der Sobranjepräsident Dr. Danew, der Sonntagabend in Bukarest eintrafen ist, hatte Montag vormittag dem Minister des Innern Majorow einen längeren Besuch ab. Nachmittags wurde er vom König in Audienz empfangen, abends fand im Ministerium des Auswärtigen ihm zu Ehren ein Bankett statt.
Die „Roumanie“ beiricht den Besuch des Präsidenten der bulgarischen Sobranje Danew in Bukarest und begründet den Staatsmann des benachbarten Königreichs. Wie leben mit diesem, so heißt es weiter, in den besten Beziehungen, die geschloßen sind durch Jahrhunderte alte Traditionen, und durch das gesunde Verständnis unter beider Intimität, und hoffen, auch weiterhin so zu leben. V. Independence Roumanie“ bewillkommnet Danew, dessen Besuch der Ausdruck einer Politik sei, die beweise, daß Bulgarien der gegenwärtigen Lage mit Ernst und Verständnis gegenüberstehe. Die Konzeptionen, die Bulgarien machen würde, hätten für Rumänien den Wert einer Garantie und würden über den Rahmen des Materieellen hinaus für Rumänien ein Symbol von moralischer Bedeutung darstellen.
Der bulgarische Gesandte in Petersburg Pöhlischow erstattete einem Interwiewer des „Wlades“ Bericht, es laute keine Rede davon, daß Bulgarien auch nur einen Fuß breit Landes an Rumänien abgibt. Solches es nicht, so würde dies eine Quelle unauflöslicher Konflikte zwischen den beiden bisher eng befreundeten Na-